Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Donnerstag, 24. November 1921

Nummer 549 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Krise der Widergutmachung

Vorschläge der englischen Industrie

London, 23. November.

In einer Denkschrift des Sonderausschusses des „Bundes der britischen Industrien“ heißt es über die Behandlung der Frage der deutschen Reparationen, daß der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt undurchführbar sei, und daß jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen müsse. Auf die jetzige Weise werde es schwierig sein, irgendeine Entschädigung von Deutschland zu erlangen.

Wir sind der Ansicht, heißt es in der Denkschrift weiter, daß die Eintreibung dieser Reparationen die Industrie Großbritanniens ernstlich erschüttern würde, sofern nicht besondere Maßnahmen getroffen werden, um die Form der Zahlungen zu regeln. Wir stimmen darin vollkommen überein, daß Deutschland bis zum äußersten Maße seiner Fähigkeit zahlen soll. Wir sind jedoch der Ansicht, daß, um unserer Industrie den geringst möglichen Schaden zuzufügen, die alliierten Regierungen neue Vereinbarungen suchen sollten, die Bedingungen in verschiedenen Richtungen abzuändern, und wenn möglich, sogar bereit sein sollten, unter Berücksichtigung der Annahme dieser Abänderungen durch Deutschland die Last zu erleichtern, die Deutschland auferlegt wurde. Im gegenwärtigen Augenblick wird die gesamte wirtschaftliche Zukunft der Welt überschattet von der riesigen Last der Schuld, die während des Krieges und der Nachkriegsperiode zwischen den großen Nationen eingegangen wurde, und es ist unmöglich zu erwarten, daß der internationale Handel in die Bahnen wie vor dem Kriege zurückkehren wird, oder daß neue Beziehungen auf einer dauernden Grundlage erreicht werden können, bevor die Methoden, durch die diese Schuld liquidiert werden soll, nicht auf einer vernünftigen Grundlage geregelt werden.

Am Schluß der Denkschrift heißt es: Wir haben es nicht für notwendig gehalten, in dieser Denkschrift die eingehende Ausarbeitung der Vorschläge zu bezeichnen, die wir unterbreiten. Wir glauben jedoch, daß diese Vorschläge vollkommen durchführbar sind, und daß nur auf dieser Grundlage eine für das Land befriedigende Lösung gefunden werden kann. Wir fordern daher die britische Regierung dringend auf, unsere Vorschläge in ernste und dringende Erwägung zu ziehen.

Die Argumente, die die Vertreter der englischen Industrien gegen die jetzige Form der Wiedergutmachungszahlungen vorbringen, berühren sich mit jenen, die die englische Arbeiterpartei schon im Frühjahr dieses Jahres in einer ausführlichen Denkschrift dargelegt hat. Die englische Arbeiterpartei wies darauf hin, daß die Verwirklichung der auf der Londoner Konferenz beschlossenen Wiedergutmachung nicht nur den Ruin der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch eine furchtbare Schädigung des englischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen müsse, unter der vor allen Dingen die englische Arbeiterklasse leiden würde.

Die Vertreter der englischen Industrie haben sich recht spät zu der Erkenntnis bekannt, die schon zu Beginn des Jahres Gemeingut der englischen Arbeiterklasse war. Der fortgesetzte Rückgang des Handels, der Stillstand in der Industrie, die Arbeitslosigkeit usw. haben schließlich auch dem englischen Kapital die Erkenntnis eingebläut, daß der internationale Kapitalismus sich durch seinen Wiedergutmachungsplan in unlösbare Widersprüche verwickelt hat. Die englischen Industriellen glauben, daß nun durch eine Aenderung der Formen der Wiedergutmachung diese Widersprüche aus der Welt geschafft werden können. Andererseits glauben die Wortführer des deutschen Industrie- und Bankkapitals, daß sie durch die Sabotage der Wiedergutmachungen und durch einen eventuellen Bankrott Deutschlands den gordischen Knoten mit einem Schlage zerhauen könnten. Beide Auffassungen sind irrig, beide entspringen den eigennützigen Profitinteressen der Kapitalistenklassen der einzelnen Länder. Einen Ausweg aus der Weltkrise der Reparationen haben lediglich die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften in ihren Amsterdamer Beschlüssen gewiesen. Alles andere, was von den Interessenten des Kapitals gefordert wird, ist entweder, wie bei den Vorschlägen der englischen Industrie, Halbheit und Stückwerk, oder, wie bei dem bösartigen, teuflischen Treiben der deutschen Industriekönige, Vorarbeit für eine neue Katastrophe, für den völligen Zusammenbruch.

Der Wiederaufbau im Sommegebiet

Abstimmung über Zulassung deutscher Arbeiter

EE. Paris, 23. November.

Loucheur empfing heute morgen eine Abordnung des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete, die von dem Abgeordneten für das Departement Pas de Calais, Basly, und dem Generalsekretär dieses Komitees, Doucedame, vorgestellt wurden. Man sprach über den Aufbau der 11 Dörfer unter Heranziehung deutscher Arbeitskräfte, und der Minister teilte mit, daß deren Zulassung von der Abstimmung der Bewohner des Gebietes von Chaulnes abhänge, die darüber Klarheit verschaffen soll, ob die Geschädigten mit der Verwendung deutscher Arbeiter im allgemeinen und mit den weiteren Bedingungen einverstanden sind, die mit der Durchführung dieses Planes verknüpft sind. Nach dem von der französischen Gewerkschaftskommission mitgeteilten vorläufigen Ergebnissen dieser Absicht scheint die Mehrzahl der Bewohner der 11 Dörfer im Gebiet von Chaulnes mit der Verwendung deutscher Arbeiter einverstanden zu sein.

Rücktritt der ungarischen Regierung. Im Verlaufe der gestrigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung beantragte Ministerpräsident Graf Bethlen die Vertagung des Hauses, da die Regierung zurückgetreten sei.

Die Einheitsfront

Von Eugen Prager

Es gibt keinen Arbeiter, der nicht wüßte, daß das Proletariat nur dann der Gefahr völliger Verelendung entgehen kann, wenn es sich zu gemeinsamer Tat zusammenschließt. Die Einigkeit des Proletariats ist die Vorbedingung für jeden Erfolg; und es ist nur ein Beweis für die Kläglichkeit unserer politischen Zustände, daß man diese Binsenweisheit immer aufs neue wiederholen muß. Wie kann aber die Einheitsfront hergestellt werden? Durch den Kampf um solche Ziele, die allen Arbeitern gemeinsam sind und durch den entschlossenen Willen der ganzen Arbeiterschaft, diesen Kampf in voller proletarischer Disziplin, also unter Ausschaltung aller egoistischer Wünsche, bis zum Ende durchzuführen. Die Spitzenverbände der Arbeiter und der Angestellten haben in ihren Forderungen zur Steuerfrage ein solches der ganzen Arbeiterklasse gemeinsames Ziel aufgestellt. Und indem die Unabhängige Sozialdemokratie zur gleichen Zeit die anderen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften zu Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion zur Bekämpfung des Elends in der Arbeiterklasse einlud, waren die Voraussetzungen für die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse geschaffen.

In diese Situation knallte die Parole der Kommunistischen Partei für eine Aktion zugunsten der politischen Gefangenen. Die Unabhängige Sozialdemokratie, die nicht erst auf den Hungerstreik in Lichtenburg gewartet hat, sondern sich unausgesetzt der politischen Gefangenen annahm, war sofort zur tatkräftigen Unterstützung der Forderung bereit, die Amnestierung der politischen Gefangenen durchzusetzen, nicht nur derer, die in preußischen, sondern auch in bayrischen Gefängnissen schmachten. Es war aber von vornherein klar, daß ein Erfolg nur erzielt werden konnte, wenn das gesamte Proletariat sich für die Forderung einsetzte. Was haben die Kommunisten nun getan, um bei dieser Gelegenheit die Einheitsfront herzustellen?

Von ihrer Seite wurde von Anfang an mit dem Generalstreik gespielt; wer an der Durchführbarkeit in der augenblicklichen Situation und für diesen besonderen Zweck zu zweifeln wagte, der war gleich in üblicher Weise als Verräter „gebrandmarkt“. Daß die rechtssozialistische Partei in Bausch und Bogen in die Verdammnis flog, kann man begreifen; ihre Haltung in dieser Frage ist auch von uns scharf kritisiert worden. Aber auch die Unabhängige Sozialdemokratie fand keine Gnade vor den Augen der kommunistischen Wortführer. Von der Genossin Zietz wurde berichtet, daß sie dem Minister „inbrünstig angefleht“ habe, der Berliner Parteileitung der U. S. P. D. würde zum Vorwurf gemacht, sie ziehe „das Wohlwollen der S. P. D.-Führer der Einheit der Arbeiter“ vor, in Versammlungen ließ man „Vertreter der U. S. P.“ aufmarschieren, die sich mit der Haltung unserer Parteileitung angeblich nicht einverstanden erklärten, und ähnlicher Vorbereitungen mehr wurden für die Bildung der Einheitsfront getroffen. In Berlin arbeitete man immerhin noch mit Sammetpfötchen; um so deutlicher wurde man aber in der Provinz. So schrieb der „Rote Courier“ in Leipzig in seiner Ausgabe vom Montag, den 21. November:

„Aus dem Aufstieg des Proletariats, das weiß die L. V., können die Führer der U. S. P. D. keinen Vorteil mehr ziehen; **wenn das Proletariat niedergeschlagen wird, stehen ihre Chancen günstiger.** Und so ist es der L. V. („Leipziger Volkszeitung“) sehr lieb, wenn an Stelle der Massenaktion eine staatlich organisierte Kommunistenhatz tritt. **Die U. S. P. D.-Führer möchten sich gern wieder als Hyänen des Schlachtfeldes betätigen. Sie stehen lüstern bereit, ihre Krallen in die dann wunden Flanken der Kommunistischen Partei zu schlagen.** Das sind die Gründe, die die L. V. veranlassen, zu versuchen, die K. P. D. in den Augen der Massen zu kompromittieren, die sich anbahnende Bewegung als Kommunistenputsch hinzustellen.

Wahrlich, ihr U. S. P. D.-Arbeiter, **es ist ein ekles Geschmeiß, das ihr euch zu Führern auserkoren habt!** Würgt es euch nicht im Halse, wenn ihr das „Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“ lest? Steigt euch nicht die Schamröte in die Wangen ob der Zustände in eurer Partei, wenn ihr lest von dem wackeren Kampf der oppositionellen Genossen in der S. P. D.“

Die Einheitsfront soll also nach dem uralten Rezept hergestellt werden, daß man die Führer vor den Bauch stoßen müsse, um die Massen zu gewinnen.

Zu gleicher Zeit würde die Einheitsfront nach der anderen Seite verlängert, nämlich nach dem Sumpf der Indifferenten hin. Die „Rote Fahne“ druckte in ihrer Dienstagabendausgabe ohne jeden Kommentar das Folgende ab:

Die Kollegen der Firma H. Gallo verurteilen in allerschärfster Weise die Maßnahmen der Regierung gegen die politischen Gefangenen und **fordern die drei sozialistischen Parteien auf, proletarische Solidarität zu üben und zur Unterstützung in eine gemeinsame Aktion zu treten.**

(9 Unterschriften von unorganisierten Kollegen.)

Es gab eine Zeit in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, in der der „unorganisierte Kollege“ als ein Schäm[illegible] für den Kampf des Proletariats angesehen wurde. [illegible] war jene Zeit, wo jeder halbwegs zum Klassenbew[illegible]

Nächtlicher Spuk im Preußenhaus

Sitzung bis 6 Uhr morgens

Der Preußische Landtag hat in einer achtzehnstündigen Sitzung, die heute morgen gegen 6 Uhr zu Ende ging, die Geschäftsordnung durchgepeitscht und damit gewissermaßen einen Rekord an parlamentarischer Ueberstundenarbeit aufgestellt. Die Dauer der Sitzung stand im umgekehrten Verhältnis zur Leistung. Neben vereinzelten Geschäftsordnungsdebatten wurde die ganze Sitzung von 6 Uhr abends ab mit namentlichen Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen ausgefüllt. Die Einförmigkeit dieser nutzbringenden Beschäftigung wurde nur durch heitere Zwischenfälle unterbrochen, für die die Kommunisten in einem sehr reichlichen Maße zu sorgen wußten. Das Trillerpfeifenkonzert und die Stinkbomben als Hilfsmittel der parlamentarischen Obstruktion wurden von uns bereits erwähnt. Schließlich sahen die Opponenten ein, daß die Einheitsfront der Reaktionäre nicht zu sprengen war, sie übergossen sie daher, der Gesamtsituation durchaus entsprechend, mit Spott und Hohn. Das ganze Lexikon an Schimpfworten wurde zum Vortrag gebracht. Schuft! Trottel! Verbrecher! Spitzbuben! das waren von ungefähr die mildesten Ausdrücke, die gebraucht wurden. Es erwies sich bei dieser Gelegenheit, daß auch die Rechtssozialisten und ihre Bundesbrüder durchaus keine Waisenknaben sind. Sie haben auf ihren Sprachregistern ebenfalls eine ganze Reihe von Tönen, die mindestens ebenso lieblich klingen, wie diejenigen, die von Zeit zu Zeit von den Kommunisten angestimmt wurden.

Die Haupttätigkeit der Abgeordneten spielte sich während dieser, durch geistigen Tiefstand gekennzeichneten und somit immerhin denkwürdigen Sitzung, in den Restaurationsräumen ab, die die Mehrzahl der Abgeordneten infolge der 67 fachen Abstimmung 67 mal verließ und wieder betrat. Sobald das Glockenzeichen eine neue Abstimmung ankündigte, marschierten die Volksvertreter im Gänsemarsch nach dem Sitzungssaal und kehrten dann schnellstens wieder nach jener Stätte zurück, die für manchen der Abgeordneten mehr Annehmlichkeiten zu bieten schien, als der Sitzungssaal, in dem der politische Marasmus das Oberwasser bekommen hatte. Daß der ganze, teilweise tief beschämende Vorgang einer parlamentarischen Handlung letzten Endes doch eine Machtprobe war, bewies die Fraktionsdisziplin, die der reaktionäre Block seinen Mitgliedern auferlegt hatte. Das Haus war bei jeder Abstimmung und auch am Schlusse der Sitzungen so stark besetzt, wie es nur bei den allerwichtigsten Ereignissen der Fall zu sein pflegt. Niemand durfte sich dem Abstimmungszwang, den die Fraktionen ausgesprochen hatten, entziehen und so gelang es denn, alle Paragraphen in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen und schließlich dem ganzen Entwurf der neuen Geschäftsordnung eine starke Mehrheit von Heilmann bis Gräfe zu verschaffen.

Als es kurz vor Schluß der Sitzung noch einmal zu einer Geschäftsordnungsdebatte über die heutige Tagesordnung kam, zeigte es sich von neuem, daß gerade diejenigen Herren, die am lautesten den Ruf nach „parlamentarischer Ordnung“ ausstoßen, die Würde des Hauses am stärksten verletzen, und insbesondere dadurch gerade den Kommunisten jene Waffe in die Hand drücken, die von ihnen so oft wider Gebühr gebraucht wird. Der rechtssozialistische Abgeordnete Franz Krüger richtete in einer Polemik gegen den kommunistischen Abgeordneten Dr. Meyer heftige Vorwürfe gegen die Kommunistische Partei, und zwar Vorwürfe so allgemeiner Natur, daß den Kommunisten unbedingt die Möglichkeit zu einer Erwiderung gegeben werden mußte. Verabredungsgemäß war aber schon vor der Rede Krügers ein Schlußantrag eingebracht worden, über den der Präsident Leinert, nachdem Krüger geschlossen hatte, abstimmen ließ, und der natürlich auch die gewollte riesige Mehrheit fand. Die Kommunisten, deren Empörung in diesem Falle durchaus echt war, gebärdeten sich nach diesem heimtückischen Streich wie Wilde, Krüger und die Seinen aber zogen mit der Miene des Biedermanns fröhlich lächelnd ab, während die Hausknechte der Fraktionen in den Wandelgängen des Hauses den letzten Rest ihrer Lungenkraft zu einem neuen Schimpfkonzert verdichteten, um dann bei Tagesgrauen in die frische Morgenluft zu treten und Erholung zu schöpfen nach dieser an Strapazen aller Art so reich gesegneten Sitzung.

erwachte Arbeiter erkannt hatte, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich nur so lange halten könne, als die Indifferenten, die Lauen, die Schwankenden den Organisationen der Arbeiter fernbleiben. Man erinnere sich nur daran, welche Erbitterung es jedesmal auslöste, wenn die organisierten Arbeiter schwere und opferreiche Kämpfe durchgeführt hatten und hinterher die „unorganisierten Kollegen" kamen, um die Früchte des Erfolges mit zu genießen. Jetzt aber druckt das Zentralorgan der Kommunistischen Partei ohne Bemerkung die Aufforderung der unorganisierten Kollegen an die drei sozialistischen Parteien ab, „proletarische Solidarität" zu üben, eine Solidarität also, von der sie selbst nichts wissen wollen!

In der gestrigen Versammlung der Delegationen aus dem Reiche und eines Teiles der Berliner Betriebsräte haben die Vertreter unserer Partei, die Genossen Rosenfeld und Henke ausdrücklich erklärt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie alles tun werde, um die Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen, und daß wir bereit seien, jeden Parteistreit in dem Kampfe um gemeinsame Ziele zu begraben. Das ist der Standpunkt, den unsere Partei von jeher vertreten hat; alle unsere Handlungen waren darauf eingestellt, nicht unser besonderes Parteiinteresse zu fördern, sondern den Interessen der ganzen Arbeiterklasse zu dienen. So haben wir, um nur zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit zu nennen, es abgelehnt, mit der zweiten Internationale allein zu verhandeln, sondern verlangt, daß auch die Moskauer Internationale dazu eingeladen werde, eine Einheitsfront des Proletariats der ganzen Welt zu bilden. Und als in der gestrigen Sitzung der Spitzenkörperschaften die Verhandlung mit den Vertretern der Kommunistischen Partei abgelehnt wurden, hat Genosse Ledebour, wie die „Rote Fahne" mitteilt, im Namen der Zentralleitung der U. S. P. D. ein Schreiben an die Zentrale der K. P. D. gerichtet, worin zu einer neuen Besprechung zwischen den Leitungen der U. S. P. D. und der K. P. D. eingeladen wird.

Wenn wir auch zugunsten der Einheitsfront den alten Parteistreit begraben wollen, so darf uns das doch nicht daran hindern, unsere künftigen Kampfesgenossen ein wenig näher anzusehen. Was hat die Kommunistische Partei bisher getan, um die Einheitsfront zu fördern? Ein Jahr gerade ist es her, daß sie die Unabhängige Sozialdemokratie gespalten hat. Wir haben seitdem Zeit genug gehabt, um die Folgen dieses Vorganges für die deutsche Arbeiterklasse zu erkennen. Die Kommunistische Partei hat dann die Spaltung auf die Gewerkschaftsbewegung zu übertragen gesucht, und es hat harter Arbeit bedurft, um zu verhindern, daß auch noch dieses Unheil über die deutsche Arbeiterschaft gebracht wurde. Die Kommunistische Partei hat wiederholt an gemeinschaftlichen Aktionen teilgenommen; uns ist aber kein Fall bekannt, in dem sie sich an die gemeinsam gefaßten Beschlüsse bis zum Ende der Bewegung gehalten hätte. Im Gegenteil, es ist oft genug vorgekommen, daß sie ihre Kontrahenten, mögen es nun die Gewerkschaften oder die beiden sozialistischen Parteien gewesen sein, mit den gröbsten Schimpfworten belegte, wenn sie das ausführten, was die kommunistischen Vertreter selbst mit beschlossen hatten.

Man mag sagen, daß das Sünden der Vergangenheit seien. Welche Richtlinien hat sich die Kommunistische Partei aber für ihre zukünftige Arbeit gegeben? In einem Briefe vom 7. November unterwies Karl Radek den Zentralausschuß der Kommunistischen Partei, wie er arbeiten müsse, um „neue Massen von Anhängern" zu erobern. Auch die U. S. P. D. sei, so schwindelte er, dazu bereit, mit Zentrum und Demokraten eine Koalition zu bilden. Man solle zwar die Einheitsfront des Proletariats fordern, aber niemals vergessen, was die Kommunisten von den „Hilferdingen" und „Dittmännern" von „Levi", „Rosenfeld u. Co." trenne und solle auch niemals den Kampf gegen die beiden sozialistischen Parteien vergessen! Der Zentralausschuß beschloß denn auch, daß man sich für die Bildung einer sozialistischen Regierung einsetzen wolle, aber nur zu dem Zwecke, um sie möglichst schnell wieder zu beseitigen. So sehen wir noch bei jedem Beschluß der Kommunistischen Partei, daß bei ihm nicht das Gesamtinteresse des Proletariats, sondern das agitatorische Bedürfnis der eigenen Partei in den Vordergrund geschoben wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie wird es an nichts fehlen lassen, um die Wiederherstellung der Einheitsfront zu fördern. Aber wir haben aus den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre genug gelernt, um auf der Hut zu sein, daß der spontane Drang der Massen zur Einigung nicht von Leuten ausgenutzt wird, die die Kulisse der „Einheitsfront" und die Gutmütigkeit des Proletariats für enge Parteizwecke auszuschalten suchen.

Die Verhandlungen der Spitzenkörperschaften

Eine Aussprache über Teuerungs- und Steuerfragen fand am Mittwoch vormittag statt zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der AfA, der S. P. D. und der U. S. P. D. Die Aussprache trug einen rein informatorischen Charakter. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es wurde auch von keiner Seite die Absicht ausgesprochen, einen Bericht über diese Besprechung in die Oeffentlichkeit zu bringen. Um völlig überflüssige gegenseitige Mißverständnisse zu vermeiden, hätte darüber jedenfalls eine Verständigung erzielt werden müssen. Die Vertreter der U. S. P. D. nahmen deshalb Abstand davon, ihrerseits einen Bericht zu veröffentlichen. Umsomehr waren sie überrascht, im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts" unter der Ueberschrift „Richtlinien sozialistischer Politik" eine Darstellung des ersten Teils jener Sitzung zu lesen, die in der Hauptsache eine tendenziös entstellte Darstellung der einleitenden Auseinandersetzung über Zusammenberufung und Zusammensetzung jener Konferenz gibt. Eine Richtigstellung wird dadurch unvermeidlich. Aus dem Zentralkomitee der U. S. P. wird uns dazu geschrieben:

„Der „Vorwärts"-Bericht sucht den Anschein zu erwecken, als ob die Vertreter der S. P. D. und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung selbst völlig überrascht worden seien mit der Aufforderung der U. S. P.-Vertreter, auch den Vertretern der K. P. D. Zutritt zu der Besprechung zu gewähren. Demgegenüber ist folgendes festzustellen: Zunächst war vom Zentralkomitee der U. S. P. eine gleichlautende Einladung ergangen an den A. D. G. B., die AfA, die S. P. D und die K. P. D., am Dienstag, dem 22. November, im Reichstag zur Besprechung evt. gemeinsamer Aktionen wegen der Teuerungs- und Steuerfragen zusammenzutreten. Der Genossin Zietz war darauf mündlich durch den Vorsitzenden der S. P. D., Hermann Müller, mitgeteilt worden, der Gewerkschaftsbund sei am Dienstag durch eine Besprechung mit dem Reichskanzler abgehalten, habe aber sowieso die Absicht gehabt, seinerseits zum folgenden Tage die beiden sozialdemokratischen Parteien zu dem gleichen Zwecke einzuladen. Unter diesen Umständen gab Genossin Zietz ihre Zustimmung, daß die Einladung zu der Sitzung zu Mittwoch vom A. D. G. B. ausgehen solle. Das wurde dem A. D. G. B. in folgender Form mitgeteilt:

„Wir bitten Sie daher dringlich, die Sitzung für den Mittwoch möglich machen zu wollen und der AfA, der S. P. D., der K. P. D. und uns schnellstens Nachricht geben zu wollen."

Außerdem wurde das allen zum Dienstag eingeladenen Körperschaften, auch der K. P. D., mitgeteilt im folgenden Rundschreiben:

„Werte Genossen! Auf unser Schreiben vom 18. November 21 hat uns Genosse Müller von der S. P. D. mündlich mitgeteilt, die von uns gewünschte Sitzung könne nicht am Dienstag, den 22. des Monats, stattfinden, weil der A. D. G. B. an diesem Tage zu einer Besprechung bei dem Reichskanzler eingeladen sei. Der A. D. G. B. habe die Absicht, die sozialistischen Parteien am nächsten Tage, also am Mittwoch, einzuladen. Wir haben in diesem Sinne auch an den A. D. G. B. geschrieben, uns schleunigst mitzuteilen, wann und wo am Mittwoch die Sitzung stattfinden kann. Auf eine von dort erfolgte Einladung wird dann die Besprechung stattfinden."

Ueber alle diese Dinge war also sowohl der A. D. G. B. wie die S. P. D. vor Beginn der gestrigen Sitzung vollkommen unterrichtet. Zum Ueberfluß war alles das, nachdem den Vertretern der K. P. D. der Zutritt zu der Sitzung verweigert war, in einer Geschäftsordnungsdebatte unter Beteiligung der beiden S. P. D.-Vertreter, Hermann Müller und Adolf Braun, ausführlich klargestellt worden. Es ist deshalb leider die Schlußfolgerung unvermeidlich, daß die Darstellung des „Vorwärts" wider besseres Wissen die Tatsachen entstellt.

Auf den sachlichen Inhalt der Verhandlungen einzugehen, haben wir auch jetzt keinen Anlaß. Wir wollen nur noch bemerken, daß wir trotz solcher üblen Erfahrungen unsererseits uns andauernd bemühen werden, eine Verständigung zwischen allen proletarischen Organisationen herbeizuführen. Werden von irgendeiner Seite gemeinsame Besprechungen vereitelt, so werden wir durch Einzelberatungen mit den verschiedenen Organisationen den Zweck zu erreichen suchen. Wir haben uns deshalb sofort mit der Zentralleitung der K. P. D. gleichfalls über eine Aussprache wegen der Teuerungs- und Steuerfragen verständigt."

Die verhinderte Kundgebung

Zu der Notiz der „Roten Fahne" mit dem Titel „Eine verhinderte Kundgebung" vom Mittwoch, den 23. November, stellen wir folgendes fest:

Bei den Verhandlungen über die zu unternehmende Aktion waren sich die Vertreter der K. P. D. und U. S. P. darüber einig, daß nur ein geschlossenes Vorgehen aller drei sozialistischen Parteien die gewünschte Wirkung haben könnte, und eine Zersplitterung der Arbeiterschaft auf alle Fälle vermieden werden müßte. Deshalb sollte mit der S. P. D. in Verbindung getreten werden. Richtig ist, daß die S. P. D. es abgelehnt hat, mit der K. P. D. und U. S. P. gemeinsam in Verhandlungen über eine Protestaktion der Berliner Betriebe einzutreten.

Wenn nun die „Rote Fahne" schreibt, die U. S. P.-Leitung von Berlin hat wiederum das Wohlwollen der S. P. D.-Führer der Einheit der Arbeiter vorgezogen", so bedeutet dies eine Verdrehung der Tatsachen. Wenn man vorher derselben Meinung war wie die U. S. P., daß nur eine geschlossene Aktion eine Wirkung haben könnte, warum macht man jetzt aus dieser Auffassung der U. S. P. einen Vorwurf? Die K. P. D. muß doch aus der Verhandlung klar erkannt haben, daß die U. S. P. nicht aus Rücksicht auf das Wohlwollen der S. P. D.-Führer, sondern gerade aus Rücksicht auf die Einheit der Arbeiter eine Teilaktion zweier Parteien abgelehnt hat.

Die „Rote Fahne" scheint aber der Ansicht zu sein, daß man die „gemeinsame Kampffront" am besten durch demagogische Bekämpfung der U. S. P. herstellen kann. Daß ein U. S. P.-Genosse, der seine Informationen lediglich aus einer öffentlichen Versammlung der K. P. D. bezogen hat, bei dieser Methode sich ein falsches Bild vom wahren Sachverhalt machen mußte, ist wohl selbstverständlich. Die „Rote Fahne" täte daher gut, wenn sie in Wahrheit die Einigkeit der Arbeiterschaft fördern will, sich in ihren Berichten über Verhandlungen der Leitung etwas mehr an die Wahrheit zu halten.

Die Geschäftsleitung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Geheimbünde in Berlin

Auf Anordnung der badischen Landespolizei sind in Berlin mehrere Mitglieder einer rechtsstehenden Geheimorganisation verhaftet worden. Die Namen werden von den Behörden sorgfältig verschwiegen, es steht aber fest, daß die Verhafteten dem sattsam bekannten Nationalverband deutscher Offiziere angehören. Wir haben schon wiederholt auf die Tätigkeit dieses Verbandes hingewiesen und behauptet, daß er mit den Münchener Geheimorganisationen die engsten Beziehungen unterhält und ihre Bestrebungen mit Rat und Tat gefördert hat. Bisher sind aber gegen ihn keinerlei Maßnahmen ergriffen worden, es muß erst die badische Landespolizei kommen und die preußische Polizei mit der Nase darauf stoßen, daß unter ihren Augen die Geheimorganisationen der Rechtsparteien ungestört weiter wuchern und daß ihnen überhaupt in Preußen keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden, trotz der Enthüllungen, die über den gefährlichen Umfang ihrer Tätigkeit aus Anlaß der Ermordung Erzbergers vor der breitesten Oeffentlichkeit gemacht worden sind.

Wann endlich werden in Preußen die reaktionären Geheimorganisationen ausgehoben, warum werden die Namen der Verhafteten sorgfältig geheim gehalten?

Parteiveteran

Skizze von Margarete Behrendt.

Auf meinem Erholungsurlaub lernte ich ihn kennen. Ein kleines Dörflein war es. Bei einer Lehrerswitwe aß ich zu Mittag, denn Gasthäuser gab es glücklicherweise nicht in diesem stillen Winkel. Nach dem Essen faltete ich arglos meine Parteizeitung, die mir der Postbote gebracht hatte, auseinander. Die Lehrerswitwe hatte sich mit einer Häkelarbeit ans Fenster in einen großen Rohrsessel gesetzt, auf dessen Kissen, weiße, gehäkelte Deckchen lagen, die sie jetzt sorgsam abgenommen hatte.

Ich fuhr erschreckt auf. „Jessas, Maria und Joseph", tönte es aus der Ecke. In der Mitte der Stube, auf weißem hingestreuten Sande lag das abgerollte Häkelgarn. Am Fenster, einer Irren ähnlich, bekreuzigte sich die Lehrersfrau. — „So eine sind Sie?" rief sie entsetzt. „Jessas, steh mir bei, verlassen Sie mein Haus, gehen Sie zum alten Müller, hecken und brüten Sie mit dem zusammen Spitzbübereien aus." Wo der alte Müller wohnte, konnte ich nicht mehr erfahren, die Lehrerswitwe sprach kein Wort mehr. Die Magd kam und brachte mir meinen Koffer, und ich mußte das Haus verlassen.

Ich konnte erst gar nicht begreifen, was in die Frau gefahren war. Als ich sah, daß auch die Magd mir auswich, ahnte ich, in welchem Nest ich mich befand. Der alte Müller war ein Genosse, der sich herzlich freute, mich aufzunehmen. „Warum nennt man Sie denn Müllen, Sie heißen doch Lehmann?" „Ja, liebe Genossin, das ist ein Kapitel. Ich habe hier ausgehalten, dreißig Jahre lang. Alles, was Sie rings im Umkreise an Gesinnungsfreunden finden, es ist mein Werk. Es ist nicht viel, aber bedenkt, daß ich in einer schwarzen Gegend sitze. Wenn dann so ein Wahlredner kommt und mich fragt, ob das Bäckerdutzend die ganze Organisation ist, Genossin, dann kränkt man mich persönlich. Was habe ich ausgehalten, was erduldet. Ich war Müller, aber da ich beim Mahlen des Kornes nicht ihr „Vater unser" betete, da sorgten sie dafür, daß ich eines Tages ohne Arbeit war. Meine Mühle mußte ich verkaufen. Trotzdem ich lange mit bitterer Not zu kämpfen hatte, ich hielt aus. Mir wurde mancher Schabernack gespielt. Ich wich nicht. Als ich einmal den Lehrer angreifen mußte, der die Kinder je nach Belieben kommen ließ, da hatte man mich einmal halb erschlagen. Schlagt zu, rief ich ihnen entgegen, ihr könnt mich töten, aber ihr tötet nicht den Sozialismus, wofür ich lebe."

Ich war ergriffen und nahm mir vor, diesem alten Parteiveteran Denkmal zu setzen, was ich nun heute erfülle. Wie tief bewegt war ich, als ich von anderen Genossen hörte, welch harten Kampf er persönlich mit der Reaktion zu kämpfen hatte. Wie oft glauben wir, schon Unaussprechliches geleistet zu haben, wenn wir Abend für Abend für die Partei tätig sind. Wieder und wieder kam der „alte Müller" auf die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung zu sprechen. „Einmal da hatte ich es auch über", fuhr er fort. „Alles — bis über den Kopf hinaus, als man mir, als ich der Partei die Treue wahrte, „Arbeiterverräter, Du gehörst an den nächsten Baum", in die Ohren schrie. Das ist nun schon vergessen, mir hat es in jener Nacht bald das Leben gekostet. Es war im November. Nach der weit entfernten Versammlung mußte ich doch wieder zurück in mein Dorf. Sonst bringt die kühle Nacht einen klaren Kopf, ich aber war seelisch zerschlagen. Der Nebel näßte durch die Kleider, ich empfand ein Frösteln, das ich sonst nicht kannte. Mehrere Male stolperte ich über Baumwurzeln. Das machte mich noch unsicherer. Schrie ein Kauz, so hörte ich deutlich: „Arbeiterverräter". Ich, ein Verräter, ich, der ich mein Leben für die Sache gelebt habe. Als ich in der Nähe des Dorfes war, hatte ich den Gedanken, du machst Schluß — du bist zu alt, zu alt für die jungen Hitzköpfe.

In einem Hause des Dorfes war Leben. Als der Hund anschlug, kam aus dem Stalle eine Frau die mich bat, einmal nach der Kuh zu sehen, das Kalb kam so schwer. Ich kam auf andere Gedanken. Mir wurde wieder bewußt, daß unsere Sache nie untergehen kann. Wenn man auch einmal müde wird, Leben heißt Kampf. Ich habe es oft erlebt, träg und müde sah mein Bursche aus und doch, einmal erlebte ich es an jedem Genossen, einmal, da lohte es in ihm, die heilige Flamme des Sozialismus, eine magische Gewalt ausströmend, die nie mehr erlöschen kann. Selbst der Tod ist machtlos. Gerade durch den Tod eines Kämpfers, ich habe es oft erfahren, wurden die Lauen heiß, und hitzige Kämpfer noch trotziger." — Das und vieles mehr sagte mir täglich einer der Unseren, einer, von niemandem außer seiner engen Umgebung Gekannter. Einer, dessen tiefe Weisheit und Erkenntnis alle Gefahren für die Bewegung überwand. Einer, fern in einem kleinen Dörflein, dessen Name unbekannt ist. Und doch, wie viele von diesem Menschenschlag weilen unter uns.

Ueber Anthroposophie und Wissenschaft sprach in der Philharmonie am 19. November Rudolf Steiner. Es läßt sich aus seinen Vorträgen schwer sagen, ob Rudolf Steiner ein „Prophet" ist, der das religiöse Moment erfassen und neu zu gestalten versucht, oder ob er der Begründer einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung sein will. Beides scheint bei ihm verbunden, manchmal etwas zu stark und zu willkürlich. Unter Anthroposophie versteht er die Erkenntnis von dem inneren Wesen des Menschen, und der Vortrag beschäftigte sich damit, die Möglichkeit einer solchen Erkenntnis aufzuzeigen, zu der die offizielle Schulwissenschaft noch nicht gediehen ist. Er will dabei streng wissenschaftlich verfahren und lehnt jede Mystik ab, läßt sie aber doch durch eine Hintertür wieder herein. Denn das, was er sagte, bewegte sich so sehr im Kreise von Andeutungen, Empfindungen und Behauptungen, so daß die Beweisführung völlig unter den Tisch fiel und ebenso an den bloßen Glauben appelliert wurde, wie bei irgendeiner metaphysischen Religion. Einen Nichtgläubigen wird er kaum bekehrt haben; das ist für ihn allerdings auch nicht notwendig. Was er in zwei Stunden ausführte, hätte ebenso gut in einem Satze geschehen können, der heißt: Es ist möglich, innerliche Erkenntnis zu erwerben, von der sich unsere Schulweisheit noch nichts träumen läßt.

Mindestens ebenso sehr wie der Vortrag selbst muß den aufmerksamen Beobachter der Kreis der Menschen interessieren, der ihn besucht. Was sich hier sammelte, ist zum Teil die Dekadence einer übersättigten bürgerlichen Schicht, die solche Dinge als Nervenkitzel, als Sensation betrachtet und zu ihnen kommt wie zu einem Box- oder Ringkampf, zum anderen Teil die Sehnsucht entwurzelter Menschen, die, enttäuscht und angewidert von dem, was sie früher bürgerliche Ideale hießen, einen neuen Weg suchen.

Einen merkwürdigen Kontrast zu den als ideal bezeichneten Bestrebungen bildet die äußere Form der Steinerschen Gemeinschaft. Sollte nicht die von ihm geschaffene Firma „Der kommende Tag, Aktiengesellschaft (!) zur Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte" ein Ausdruck der „Mechanisierung des Geistes" sein, den diese Aktiengesellschaft bekämpfen will? Dr. H.

Arbeitsschule oder Spielschule. Unter diesem Titel zeigte der Schöneberger Lehrer Jost vor kurzem die Ergebnisse seiner Versuchsschularbeit, die darauf hinzielt, neben der Arbeit vor allem das dramatische Spielen und damit das Leben und die Freude im Unterricht heimisch zu machen. Einstimmig ermunterte ihn die proletarische Elternschaft zur Fortsetzung seiner Bestrebungen, das Kind durch eigenes Ausüben zu einem lebendigen Verhältnis zur Kunst, besonders zur dramatischen, zu bringen.

Nunmehr soll wieder Freunden solcher Gedanken Gelegenheit gegeben werden, selbst zu beobachten und nachzuprüfen. Am 26. und 27. November, abends 7 Uhr, werden 13- bis 15jährige Volksschüler in der Comeniusschule zu Schöneberg folgende Märchenspiele zeigen: „Gevatter Tod", „Neues Spiel vom Doktor Faust", „Drosselbart" und „Rumpelstilzchen". Karten zu 1,50 und 2 M. an der Abendkasse (Frankestr. 10).

Kortner liest. In seinem Arbeitszimmer rennt Kortner hin und her. Er ist giftig. Mit geballter Faust murmelt er einen Fluch. — Plötzlich erhellt sich teuflisch sein bleiches Gesicht. Er hat's.

Und am Sonntag darauf prangt in der Zeitung die Ankündigung eines Vortragsabends: Plato, Nietzsche, Goethe.

Es zog. Die Menge strömt. Am Eingang leuchtet ein weißes Plakat: Plato, Nietzsche, Goethe. —

Fast noch auf der Straße werden die Billetts kontrolliert und ungültig gemacht. Man ist verwundert. Ein Programm (nur gegen passendes Papiergeld!) erhält man mit Mühe. Und da

Arbeiterkämpfe in Georgien

Von georgischen Genossen wird uns geschrieben:

Die brutalen Maßnahmen der russischen Okkupationsbehörden und die verzweifelte Notlage der Bevölkerung haben in der Arbeiterschaft Georgiens eine ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Mitte Oktober beschlossen die Arbeiter, eine spezielle Delegation an das Tifliser „Revolutionskomitee" zu entsenden. Von der Delegation wurde eine Denkschrift ausgearbeitet, die von 5132 Arbeitern unterzeichnet wurde. Angesichts des Terrorsystems, das speziell gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft gerichtet ist — eine beträchtliche Zahl. Die Denkschrift schloß mit folgenden Forderungen: 1. Herstellung der Unabhängigkeit der georgischen Republik; 2. Abberufung der russischen Truppen aus Georgien; 3. Herstellung der unterdrückten bürgerlichen Freiheiten; 4. Befreiung der politischen Inhaftierten; 5. Besserung der Verpflegungs- und Wohnungsverhältnisse.

Am 24. Oktober begab sich die Delegation, die aus neun Arbeitern bestand, zum Vorsitzenden des Revolutionskomitees Mdivani, um ihm die Denkschrift zu überreichen. Mdivani ließ die Delegation drei Stunden lang warten, um ihr schließlich zu erklären, daß er sie am nächsten Tage empfangen würde. Beim Verlassen des Palastes wurde die Delegation von Agenten der Außerordentlichen Kommission verhaftet und in den Kellerräumen eingesperrt. Mehrere Tage lang konnte man in der Stadt über das Geschick der Delegation nichts erfahren, und der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine starke Unruhe. Am 29. Oktober ließ Mdivani in der kommunistischen Presse erklären, daß ihm von einer Arbeiterdelegation nichts bekannt sei: weder sei sie bei ihm gewesen, noch habe er sie verhaften lassen! Gleichzeitig brachte die kommunistische Presse mehrere Artikel von Schmähungen und Drohungen gegen die Arbeiterschaft.

Am 31. Oktober wurden die Mitglieder der Delegation aus den Kellerräumen des Palasts des Revolutionskomitees nach dem städtischen Gefängnis transportiert. Darauf legte die gesamte Arbeiterschaft von Tiflis am 1. November die Arbeit nieder. Spontan wurden Massenversammlungen abgehalten. In den Eisenbahnwerkstätten allein tagte eine stürmische Versammlung von 10 000 Arbeitern. Die Außerordentliche Kommission war machtlos und mußte die schärfsten Protestresolutionen, die in den Versammlungen gefaßt wurden, ruhig hinnehmen. Während des Generalstreiks gelang es der sozialdemokratischen Partei, die heute eine illegale Organisation ist, Flugblätter herzustellen und sie in Massen in der Stadt zu verbreiten.

Am 3. November schlossen sich den Streikenden 2000 Studenten der Tifliser Universität an. Die Außerordentliche Kommission ließ alsdann mehrere Tausend Streikende verhaften. Die kommunistische Presse forderte den Abtransport der Verhafteten nach Rußland, was für diese den sichern Hungertod bedeuten würde. Mitte November war das Revolutionskomitee noch nicht Herr der Lage geworden. Die Verhaftungen dauerten fort. Die Arbeiterschaft hält an ihren Forderungen fest. Und wenn es ihr jetzt nicht gelingen sollte, den Kampf siegreich zu Ende zu führen, so hat sie doch die Gewißheit, daß die Stunde ihrer Erlösung vom bolschewistischen Joch nicht mehr fern ist.

Neue Verhandlungen mit den Iren

Schwere Unruhen in Irland

EE. London, 24. November.

Gestern fanden neue Verhandlungen mit den Irländern statt. Lloyd George war anwesend, begleitet von Lord Birkenhead und Chamberlain. Von irischer Seite nahmen daran teil Michael Collins, Barton, die Griffith und Duffan. Man erfährt, daß die jüngsten Ereignisse, in einem Resumé dargelegt, Gegenstand der Debatte waren. Es wurde die Möglichkeit ins Auge gefaßt, die Verhandlungen wieder anzuknüpfen, doch wird dies von dem Verlauf der Besprechung, die heute oder morgen zwischen Lloyd George und James Craig stattfinden wird, abhängen. Während der Besprechung zwischen Lloyd George und den Irländern erschien der Sekretär des Kabinetts von Ulster in der Downingstreet, um Lloyd George eine Mitteilung zu machen. In einem Interview erklärte ersterer, daß weder er noch seine Kollegen eine Verbindung mit den Sinfeinern wünschten. Die Schwierigkeiten, die sich einer Lösung des Konflikts entgegenstellen, sind noch lange nicht überwunden. Doch glaubt man, daß es Lloyd George gelingen werde, mit James Craig heute oder morgen zu einem Einvernehmen zu gelangen, zumal der englische Ministerpräsident ein neues Angebot gemacht haben soll, das angeblich Aussicht auf eine Einigung biete.

In der Zwischenzeit dauern die Unruhen schwerster Art in Irland an. Gestern wurde in Belfast eine Bombe gegen eine Straßenbahn geschleudert, wodurch drei Personen getötet und 16 verletzt wurden. Eine andere Bombe, die mitten in eine Gruppe von Orangisten und Arbeitern fiel, verletzte ebenfalls 16 Personen. Gestern begannen wieder in verschiedenen Stadtteilen die Schießereien. Im Docherviertel mußte die Arbeit eingestellt werden. Im Laufe des gestrigen Tages wurden in Belfast drei Personen getötet und 13 verwundet, von denen bereits zwei ihren Verletzungen erlegen sind. Im Gefängnis von Galway legten die Gefangenen Feuer und entwichen, von Gendarmen verfolgt. Es entspann sich eine regelrechte Schlacht, bei der fünf Gendarmen verwundet wurden. Erst dann gelang es der Polizei, der Ausbrecher wieder habhaft zu werden.

In der letzten Nacht entwichen aus dem Gefängnis von Kilkenny durch einen Tunnel 14 Gefangene, von denen einige zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden waren.

Die belgischen Wahlen

Brüssel, 23. November.

Die neue Kammer wird sich endgültig wie folgt zusammensetzen: zweiundachtzig Katholiken, sechsundsechzig Sozialisten, dreiunddreißig Liberale, vier Mitglieder der Frontpartei und ein Vertreter der Partei der Kriegsteilnehmer.

Brüssel, 23. November. (Agence Belge.)

Bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften gewannen die Katholiken acht Sitze; die Sozialisten verloren vier Sitze. Der Besitzstand der Liberalen blieb unverändert. Die Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Frontpartei, die Mittelstandspartei und die Partei der nationalen Wiedergeburt verloren je einen Sitz.

Von den der Neuwahl unterliegenden 93 Sitzen im Senat erhalten die Katholiken 42, die Sozialisten 33 und die Liberalen 18.

Gegen die Auslieferung der spanischen Syndikalisten

Paris, 23. November.

Nach einer Meldung aus Barcelona richtet das Komitee der Nationalen Arbeiterkonföderation Spaniens an das Proletariat der ganzen Welt einen Aufruf, in dem es gegen die Verhaftung spanischer Syndikalisten in Berlin und Paris und ihre drohende Auslieferung an die spanische Regierung Protest erhebt. Der Aufruf betont, daß das Schicksal der Ausgelieferten der sichere Tod sei.

Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

(J.) Wien, 24. November.

Morgen tritt in Wien der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. „Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben", „Die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik" und „Die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien".

In ihrem Leitartikel, den sie der vor dem Parteitag zusammentretenden Reichsfrauenkonferenz widmet, teilt die „Arbeiterzeitung" mit, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei von kaum 10 000 vor dem Kriege auf 118 902 in diesem Jahre gestiegen sei. Die Zahl der männlichen Mitglieder im vergangenen Jahre habe sich um 43 Prozent, die der weiblichen Mitglieder um 55 Prozent vermehrt.

Aus irischen Gefängnissen. Wie aus Dublin gemeldet wird, unternahmen im Gefängnis von Galloway 40 politische Gefangene einen Ausbruchsversuch, nachdem sie zuvor einen Brand angelegt hatten. Bei dem entstandenen Kampfe wurden 5 Gefangene und 5 Wärter verwundet.

Ferner wird gemeldet, daß 45 politische Gefangene aus dem Gefängnis Aikenny durch einen von ihnen gegrabenen unterirdischen Gang ausgebrochen sind.

Tragische Szene

Grauleuchter Novemberhimmel über der Stadt. Es ist Mittagszeit. Die Satten und Behäbigen finden ihren Tisch reichlich gedeckt. Die armen Teufel sehnen sich nach einem Stück Brot. Durch die Fensterscheiben lockt es: Weißbrot. Blütenweiße Schrippen. Brot, Brot, Brot. Die Behäbigen kauen mit schmatzendem Behagen in gut gewärmten Räumen ihr Mittagsessen. Die armen Teufel frieren und stieren den Bäckerladen an. Da plötzlich, wie eine Eingebung — die Ladenscheibe klirrt! Hände greifen — — Brot! Brot!! . . . Im nächsten Augenblick ist die Auslage leer.

Ein fetter Bürger, mit sanftem Bauchansatz, wendet sich an einen Arbeiter: „Dies Pack! Räuber! Plünderer! Ganz anders sollte man mit der Bande aufräumen!"

Der Arbeiter entgegnet: „Den Leuten geht es schlecht. Sie haben Hunger. Wer hilft ihnen? Eigentlich müßte ich mit dabei sein."

Der Bürger verzieht sein Gesicht: „Sie? Sie sind ja gut gekleidet. Was haben Sie mit dem Pack zu tun?"

Der Arbeiter reißt sein Halstuch ab, öffnet rasch den Ueberzieher: „So — sehe ich aus!"

Unter der dürftigen Weste kein Hemd, die Hosen zerschlissen und zerfranst. „So sehe ich aus", wiederholt er bitter; „eigentlich müßte ich auch mit dabei sein. Es sind meine Leidensgefährten!"

Der Bürger schweigt betroffen bis ihm das Herannahen der Schupo seine Sprache wiedergibt.

„Schlagt hinein in die Bande! Den Kolben auf die Schädel! Kugeln in den Bauch! Die verfluchten Schweine! Plündern wollen sie, plündern . . .!"

Die Schupo wirft die armen Teufel in die Lastautos, so daß sie kopfüber in den Wagen fallen, und bindet sie. Der fette Bürger hetzt weiter.

Da wendet sich der Arbeiter an den nächsten Polizisten und fordert ihn auf, den honetten Bürger zu verhaften.

„Warum?"

„Wegen Aufreizung zum Mord!"

Nichts dergleichen geschieht.

Das Lastauto mit den armen Teufeln, die nun ihr Stückchen Brot so bitter bezahlen müssen, rollt ab. Die Menge zerstreut sich. Auch der fette Bürger entfernt sich. Und belfert noch immer:

„Totschlagen sollte man sie, die verfluchten Hunde!"

Bruno Schönlank

Neuer Elektrizitätsstreik

Zu unseren heute morgen ausführlich gebrachten Mitteilungen über die Differenzen der Angestellten der Städtischen Werke und dem Magistrat ist mitzuteilen, daß in dieser Angelegenheit die Verhandlungen fortdauern. Die Direktion der Werke hofft, daß es gelingt, den Streik zu vermeiden. Der Magistrat trat heute vormittag noch einmal zusammen, um Beratungen zu pflegen, deren Ergebnisse bis zum Redaktionsschluß uns noch nicht vorlagen.

Eine frivole Räumungsklage

Wegen eines Rückstandes von 10 Pfg.

Man schreibt uns: Der Hauswirt Basch, Lippehner Str. 19, hat es fertig gebracht, die Räumungsklage gegen einen Mieter anzustrengen, und zwar wegen einer „Forderung" von 10 (in Worten: zehn) Pfennigen! Das Mieteinigungsamt wies natürlich die Klage ab und erließ folgendes Urteil:

„Der Mieter hat nach eigenen Angaben des Verwalters seine Miete voll bezahlt, bis auf einen Rest von 0,10 M. Die Kündigung zum 1. November wird nicht zugelassen."

Es ist bedauerlich, daß den Mieteinigungsämtern keine gesetzlichen Bestimmungen zur Seite stehen, die es ermöglichen, für derartige Belästigungen öffentlicher Einrichtungen eine besondere Strafe festzusetzen. Leider konnte daher der famose Hauswirt nur zu den Kosten des Verfahrens verurteilt werden. Man wird sich den Namen dieses Biedermannes merken müssen.

Die elektrische Stadtbahn

Die Vorarbeiten für die Elektrisierung der Stadt- und Vorortbahnen sind so weit gediehen, daß an die Ausführung der Arbeiten auf den einzelnen Strecken gedacht werden kann. Da die Strecke Berlin—Oranienburg zwischen Frohnau und Oranienburg zunächst viergleisig ausgebaut werden soll, kann die Einführung des elektrischen Betriebes zunächst nur bis Hermsdorf erfolgen. Der Rest der Strecke wird dann später mit der elektrischen Streckenausrüstung versehen. Die vor einiger Zeit eingerichtete Bauabteilung hat bereits ihre Arbeit aufgenommen und die ersten Ausschreibungen für die Beschaffung der elektrischen Einrichtung vorgenommen. Auf dem vor dem Empfangsgebäude des Bahnhofs Gesundbrunnen liegenden freien Platz wird jetzt eine besondere Baracke errichtet, die die Bureaus der Bauabteilung aufnehmen soll. Die zunächst in Angriff zu nehmende Arbeit wird der Umbau der früheren Fettgasanstalt sein, die seit 1915 außer Betrieb ist. Diese Gasanstalt, die in der Gabelung der beiden Bahnen an besonders günstiger Stelle liegt, soll in ein Kraftwerk mit Umformern und Schaltanlagen umgewandelt werden, das beide Strecken mit Strom versorgt. Somit sind die Arbeiten an der Elektrisierung der Berliner Eisenbahnstrecken in ein neues Stadium getreten.

Telephonstörung

Wir teilten bereits im gestrigen Abendblatt mit, daß sämtliche Leitungen mit der „Freiheit" durch einen Defekt gestört sind. Diese Unterbrechung des telephonischen Anschlusses dauert auch heute noch an, und wir bitten unsere Genossen, davon Kenntnis zu nehmen.

Mieterschutz und Mieteinigungsämter

Reichsjustizministerium und Reichsarbeitsministerium haben den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter zugehen lassen, aus dem wir zunächst einige der wichtigsten Bestimmungen, die eine grundlegende Aenderung des bisherigen Zustandes bedeuten, wiedergeben.

Das Kündigungsrecht des Vermieters soll aufgehoben und auf den Weg der gerichtlichen „Aufhebungsklage" verwiesen werden; dem Mieter kann nur gekündigt werden, wenn er die Hausbewohner erheblich belästigt, die Miete nicht bezahlt oder wenn der Vermieter ein so dringendes Interesse an den Mieträumen hat, daß deren Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde; in letzterem Falle soll der Vermieter die Umzugskosten ersetzen. Die Aufhebung von Untermietverhältnissen ist erleichtert; es genügt, daß der Vermieter begründetes Interesse an der Wiedererlangung z. B. des möblierten Zimmers hat.

Der Schutz des Mieters vor Zwangsvollstreckung ist in dem Entwurf so geregelt, daß diese nur dann möglich ist, wenn angemessener Ersatzraum gesichert ist. Die Entscheidung hierüber bleibt dem Mieteinigungsamt vorbehalten.

---

steht — o, Zerschmetterung! —: Kant, Beethoven, Bismarck, Schopenhauer, Apokalypse. O. Trug! O. Täuschung! Heuchelei!

Aber merkwürdig! [illegible] Laut der Entrüstung. Das Publikum ist brav. Des Künstlers Jünger vergehen in Anbetung.

Er kommt und macht sich breit und setzt sich behäbig, als wollte er sagen: „Nun werd' ichs euch mal geben!" Und er legt los: Kant sticht, Beethoven bohrt, Bismarck hämmert und Schopenhauer.

Bravo, Kortner!

Und dann — Johannes hat die Vision des jüngsten Gerichts. Johannes? — Das Licht blendet. Der Blick tränt. Bockshörner wachsen dem Lesenden aus seinen Geheimratswinkeln. Der Teufel liest Bibel. Franz Moor stottert schreiend seinen grausigen Traum. „Aaaaaaamen!"

Ein Maiglöckchenstielchen ist der Lohn von zarter Backfischhand. Wie geschmackvoll!

Bravo, Kortner! Aber — Plato? Nietsche? Goethe?. Darf man euch so mißbrauchen?

Fritz Jacoby.

Franz Konrad Hoefert zeigte sich im Roswithasaal als ein begabter Rezitator, wenngleich seine Technik noch weiterer Durchbildung bedarf. Das milde Raffinement der französischen Lyrik, die er las, kommt seiner Veranlagung offenbar entgegen. Aber warum gibt er in seinem Programm so dumme Oberlehrer-Bemerkungen wieder, und warum nennt er die Werke der vorletzten Generation „neue" Dichtungen? H. E. K.

Der Nobelpreis für Anatole France. „Le Petit Parisien" erzählte aus Anlaß der Kandidatur von Anatole France für den Nobelpreis folgende Kindheitsanekdote:

„Sicherlich kam dem trefflichen Meister die ferne Zeit in Erinnerung, da man ihm beim Abitur „durchgeworfen" hatte. Denn durchgeworfen" ward er. Schon damals! Er erwischte eine Null in Geographie.

Er erzählt fürs Leben gern diese Anekdote.

Papa Hase wars, der ihn prüfte. Dieser gelehrte Deutsche war unter dem Kaiserreich zum Professor am Collège de France ernannt worden.

— Kleiner Freund, sagte er dem jungen Anatole mit ausgesprochener deutscher Gemütlichkeit, Sie sind mir sehr gut empfohlen. Ich will Sie also etwas Leichtes fragen. Also nicht wahr, die Seine ergießt sich in den Aermelkanal? — Jawohl, mein Herr, erwiderte der Kandidat mit einem reizenden Lächeln.

— Gut, sehr gut . . Und die Loire, die mündet in den atlantischen Ozean, nicht wahr? — Gewiß, mein Herr.

— Vortrefflich. Sie geben ja prächtige Antworten. Nun, und die Rhone ergießt sich doch in den Michigan-See, nicht wahr? — Jawohl, mein Herr, sagte Anatole, immer noch lächelnd.

— Ei, ei — also die Rhone ergießt sich in den Michigan-See, — brummte Papa Hase. Mein kleiner Freund, Sie sind ein Esel. Sie bekommen eine extrafeine Null!"

Eine internationale Kunstausstellung in Paris. Die Internationale Kunstausstellung, die man vor dem Kriege für das Jahr 1916 plante, soll nun im Sommer 1922 verwirklicht werden. Wie Pariser Blätter melden, wird die Ausstellung im Grand Palais stattfinden. Eine „retrospektive" Abteilung, die die hervorragendsten Werke der in den letzten 25 Jahren gestorbenen französischen Meister enthält, wird einen Hauptanziehungspunkt bilden, denn man wird hier die schönsten Arbeiten jener Künstlergeneration vereinigt finden, die von Carrière bis zu Degas und Renoir, von Puvis de Chavannes bis zu Gauguin reicht. Der übrige Teil des Grand Palais soll zur Hälfte den Franzosen, zur anderen Hälfte den Fremden eingeräumt werden, und zwar sollen von keinem Künstler mehr als zwei Werke vertreten sein. Das Komitee, an dessen Spitze der Generalinspektor der schönen Künste in Frankreich, Armand Dayot steht, wird die verschiedenen französischen und ausländischen Künstlergenossenschaften zur Beteiligung einladen, wobei keine Schule und kein Stil ausgeschlossen werden soll, um einen möglichst vollkommenen und unparteiischen Ueberblick über das Kunstschaffen der Gegenwart zu gewähren. Hoffentlich wird auch Deutschland eingeladen.

Tages-Notizen

Veranstaltungen der U. S. P. D. Distrikt Spandau. Sonnabend, 7½ Uhr, im Wolffschen Saale in Staaken, „Ernster und heiterer Abend", bestehend in Gesangsvorträgen des Buchdrucker-Gesangvereins „Typographia", Rezitationen von Otto Wilke und Trude Neumann vom Sprechchor, Gitarrevorträgen des Kammermusikers Alfred Borpahl. Festrede: Gen. Otto Meier. Karten 2,00 M. Abfahrt vom Bahnhof West 7,31 Uhr.

Die Franz-Diederich-Gedächtnisfeier der Volksbühne am Montag, 7½ Uhr, im Rathaussaal bringt die „Worpsweder Stimmungen" Diederichs in der Komposition von Paul Scheinpflug. Mitwirkende: Ida Harth zur Nieden, Alfred Wittenberg, Emmy Gerloff, Borozki, Jos. Leopold Stern (Gedächtnisworte) und Ernst Friedrich. Karten 3 M.

Künstlerhilfe f. d. Hungernden in Rußland. Sonntag, 11½ Uhr, im Staatlichen Schauspielhaus Dostojewski-Feier unter Mitwirkung von Tilla Durieux, Fritz Kortner, Wassilij Kalischalow, sowie des Balalaika-Orchester Romanoff. Vortrag: Stephan Zweig.

Theater. Die Große Volksoper eröffnet Mittwoch, 7½ Uhr, das Große Haus des Schloßpartitheaters Steglitz mit einer Aufführung von Rossinis „Barbier von Sevilla". — Das Neue Volkstheater bereitet Kleists „Zerbrochenen Krug" und Molieres „Gezierte" vor.

Ortsausschuß für Jugendpflege in Neukölln. Sonntag, vormittags 11 Uhr, in der Neuen Welt, „Musikalische Feierstunde der Jugend" mit bestem Programm. Werke von Mozart, Haydn, Schubert, Weber, Johann Strauß. Mitwirkende sind erste Berliner Tonkünstler u. a. Alexander Kirchner (Staatsoper). Karten: Jugendliche bis 20 Jahre 1,50 M., Erwachsene 2,50 M.

Ueber Shakespeare und sein Werk spricht Julius Bab auf Einladung der Volksbühne ab Sonntag in einem auf vier Abende berechneten Zyklus im Gymnasium zum Grauen Kloster. Karten für alle Vorträge 6 M. in der Geschäftsstelle der Volksbühne, bei den Tiesschen Theaterkassen usw.

Für die Kunstfreiheit. Heute, 8 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses, Protestversammlung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller. Die Vertretungen bildender und darstellender Künstler mit ihren Vorständen und Mitgliedschaften werden teilnehmen. Es sprechen u. a. Kaiser-mann, Brauer, Rice, Reichstagspräsident Kadesch, Oberregierungsrat Dr. Bulde, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Lindenau, Wolfgang Heine, Professor Heser, Louis Corinth, Eugen Spiro, Vorsitz zu Pulitz für den Deutschen Bühnenverein und Emil Lind für die Bühnengenossenschaft. Eintritt frei.

Deutsche Friedensgesellschaft. Freitag, 7 Uhr, spricht H. p. Gerlach über Pazifismus und Kolonialpolitik im Bürgersaale des Berliner Rathauses.

Musik. Das Konzert des Frauen-Terzetts (Fleck, Hahn, Leiber) mit dem Liedermann-Trio am Sonnabend im Blüthnersaal wird auf ein späteres Datum verlegt.

Diese Bestimmungen sollen sich nicht nur auf Wohnräume, sondern auch auf gewerbliche und Geschäftsräume beziehen, jedoch nicht auf Neubauten.

Weiter bringt der Entwurf neue Vorschriften über die Einrichtung und das Geschäftsgebaren der Mieteinigungsämter. Wichtig ist, daß deren Entscheidung nicht mehr endgültig sein sollen, sondern durch Anrufung einer Beschwerdeinstanz revidiert werden können, falls gesetzliche Vorschriften unrichtig angewandt sind. Die Tätigkeit als Beschwerdestelle soll durch die Landesbehörden einem Gericht übertragen werden. Die Beisitzer des Mieteinigungsamtes müssen selbst Mieter und Vermieter sein. Zur Vereinfachung des Verfahrens können Vorverhandlungen stattfinden. Die unabhängige und unparteiische Ausübung des Amtes der Vorsitzenden und Beisitzer muß gesichert sein.

Der Entwurf bildet die Ergänzung des z. Zt. dem Reichstag vorliegenden Reichsmietengesetzes.

Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte

Die Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene teilt mit: Vom 17. November d. J. sind die Bureaus der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin wie folgt untergebracht:

Poststraße 5: Hauptfürsorgestelle (einschließlich Ueberleitungsstelle), Kriegsbeschädigtenfürsorge des 6. Verwaltungsbezirks.

Molkenmarkt 9-10: Kapitalabfindungsabteilung der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Gefangenenfürsorge (einschließlich Hilfs- und (Landeshilfsausschuß).

Burgstr. 8: Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte.

In den Gebäuden Poststr. 6 und 13 befinden sich keine Bureaus der Hauptfürsorgestelle mehr.

Die Bureaus der Hauptfürsorgestelle sind durch Fernsprecher wie folgt zu erreichen:

Hauptabteilung: Zentrum 1636-38, Magistrat 733.
Finanzabteilung: Zentrum 1636-38, Magistrat 733.
Kriegsbeschädigtenfürsorge: Zentrum 1636-38, Magistrat 733.
Kriegshinterbliebenenfürsorge: Magistrat 707.
Kriegsbeschädigtenfürsorge des 6. Verwaltungsbezirks: Zentrum 1636-38.
Kapitalabfindungsabteilung und Gefangenenfürsorge: Magistrat Berlin 444.
Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte: Zentrum 9103-9104.

Die Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Alt-Berlin für die Verwaltungsbezirke 1—5 haben ihre Aufgaben in vollem Umfange übernommen, für den 6. Verwaltungsbezirk z. Zt. nur bezüglich der Hinterbliebenenfürsorge. Die Diensträume der Fürsorgestellen befinden sich

1. Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte: An der Stralauer Brücke 6;
2. Verwaltungsbezirk Tiergarten: Alt-Moabit 98-103;
3. Verwaltungsbezirk Wedding: Orthstr. 10, Ecke Schönstedtstraße 1;
4. Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg: Schönhauser Allee Nr. 10-11;
5. Verwaltungsbezirk Friedrichshain: Eckerstr. 12, Kriegsbeschädigtenfürsorge und Hauptabteilung, Frankfurter Allee Nr. 37, Kriegshinterbliebenen-Fürsorge;
6. Verwaltungsbezirk Kreuzberg: Friedrichstr. 16, Kriegshinterbliebenenfürsorge, Poststr. 5 Kriegsbeschädigten-Fürsorge und Hauptabteilung.

Alle Anträge usw. Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Alt-Berlins sind künftig an die örtlich zuständigen, vorstehend genannten Stellen zu richten.

Angestelltenversicherung. Durch die im Reichstag angenommene Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz ist angeordnet worden, nachzuprüfen, ob bei denjenigen Versicherten, die sich durch eine Lebensversicherung von der eigenen Beitragsleistung befreit haben, die Höhe der an die Versicherungsgesellschaft geleisteten Beiträge dem Pflichtbeitrag bei der Angestelltenversicherung entspricht. Wo dies nicht der Fall ist, ist ein Erhöhungsantrag bis zum 31. Dezember 1921 zulässig. Die Volksfürsorge (gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft) fordert daher die bei ihr versicherten Angestellten auf, sich sofort entweder mit dem bekannten Kassierer oder mit der Rechnungsstelle 1, Berlin SO 16, Engelufer 28, part., Fernspr. Moritzplatz 2977, in Verbindung zu setzen, damit sie nicht in die Gefahr kommen, doppelte Beiträge leisten zu müssen.

Honorarstreit zwischen Aerzten und Krankenkassen. Das am 31. Oktober tagende Schiedsamt im Reichsarbeitsministerium hat den Krankenkassen trotz der noch laufenden Verträge mit den Aerzten Honorarerhöhungen bis zu 100 Prozent durch Schiedsspruch auferlegt. Der Beirat des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen hat daher beschlossen diesen Schiedsspruch abzulehnen, wenn nicht auf die schwer gefährdeten Finanzen der Krankenkassen durch eine Aenderung des Schiedsspruchs gebührend Rücksicht genommen wird. Erneute Verhandlungen sind beim Reichsarbeitsministerium beantragt worden. Hoffentlich gelingt es, den Konflikt in einer Weise beizulegen, daß es nicht wieder, wie im vorigen Jahre, zu schweren Erschütterungen der ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder kommt.

Sprachschule für Proletarier. Am 1. Dezember beginnen neue Anfängerkurse in Englisch und Französisch (Abendunterricht) für Genossen und Genossinnen ohne Vorkenntnisse. Anmeldungen am Mittwoch, den 23. November, von 5—8 Uhr abends und Sonntag, den 27. November, von 10—12 Uhr vormittags, in der Gemeindeschule Gipsstraße 23a, (Nähe Rosenthaler Straße).

Gewerkschaftliches

Die bolschewistische Diktatur und die Gewerkschaften

Dem Mitteilungsblatt der Internationalen Transportarbeiter-Föderation in Amsterdam entnehmen wir:

Noé Ramichvili, der unter dem sozialistischen Regime Minister der Republik Georgien war, machte einem Redakteur des Pariser Blattes „Le Peuple" verschiedene Mitteilungen über die Zustände seit dem Einfall der bolschewistischen Truppen und der darauf folgenden Besetzung des Landes. So erzählt er u. a. über das Los der sozialistischen Führer:

„Die meisten von ihnen sind im Gefängnis. Alle jene, die die Bolschewisten als Führer betrachteten, wurden eingekerkert. Die Gefängnisse sind dermaßen überfüllt, daß man, um die Sozialisten und Gewerkschaftsleute unterbringen zu können, nach und nach die meisten strafrechtlich Verurteilten auf dem Amnestiewege freiließ. Die Zahl der Verhafteten in Tiflis beläuft sich auf 1500, in ganz Georgien auf zirka 5000."

Auf die Frage, wie es mit den Gewerkschaften stehe, erwiderte er: „Wenn sie sich nicht für die bolschewistische Herrschaft erklären, werden sie ebenso behandelt. Im übrigen wurde die **gewerkschaftliche Freiheit völlig unterdrückt.** Das neue Regime begnügt sich nicht damit, die Führer der Arbeiterorganisationen zu verhaften, man unterdrückt auch die frei gewählten Vorstände und ersetzt sie durch ein eigenmächtig ernanntes gewerkschaftliches Bureau. Das **Vermögen und die Gebäude der Organisationen werden von den Beamten der bolschewistischen Regierung verwaltet.** Die bedeutendste Organisation in Georgien ist die der Eisenbahner. Unter dem zaristischen Regime führte sie eine „illegale" Existenz und spielte dann im Verlaufe der Revolution eine hervorragende Rolle. Nach der Besetzung durch die Bolschewisten wurde die Eisenbahnergewerkschaft als „verdächtig" und „kleinbürgerlich" betrachtet und erhielt den Befehl, eine neue Wahl des Zentralausschusses vorzunehmen. **Bei der Neuwahl wurde der alte Stab jedoch wiedergewählt, worauf die Regierung den ganzen Zentralausschuß verhaften ließ und ein von ihm ernanntes Bureau einsetzte!**

Tableau! —

Wirtschaftspolitische Forderungen

Für Amnestie — gegen Verelendung.

Eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre der Firma Mix und Genest, bestehend aus Anhängern aller drei sozialistischen Parteien, forderte im Namen der Menschlichkeit sofortige Haftentlassung der Lichtenburger politischen Gefangenen.

Dieselben Forderungen stellte die Belegschaft der **Rota-Werke,** in der alle drei politischen Parteien vertreten sind, und verlangte vom A. D. G. B., AfA und den drei politischen Parteien, für die Freilassung der politischen Gefangenen alle notwendigen Schritte zu unternehmen.

Eine Betriebsversammlung des **Messingwerkes Reinickendorf** beschloß letzthin, sich die 10 Forderungen des A. D. G. B. zu eigen zu machen und sich restlos, dem Rufe des A. D. G. B. folgend, zur Verfügung zu stellen. Es wird erwartet, daß diese Programmpunkte ihre Realisierung finden.

Die Versammlung der Funktionäre der Sektion V der Metallindustrie beschäftigte sich in ihrer Versammlung am Sonntag mit Lohnforderungen. Angenommen wurde ein Antrag, der eine Lohnerhöhung von 6.50 M. fordert. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, Industrieverbände zu gründen. Zum Schluß wurde das Verhalten des Justizministers in der Frage der politischen Gefangenen verurteilt und das Material der Verwaltung überwiesen.

13. Verbandstag der Dachdecker

(Schluß)

Ueber den Reichstarif sprach Verbandsvorsitzender Thomas. In zweitägigen Verhandlungen wurde die Taktik des Vorstandes in lebhaftem Für und Wider besprochen und ein Programm für die künftige Tarifpolitik aufgestellt, in dem die Ferien, Regelung der Lehrlingsfrage und die Stellung zum § 4 des Tarifs eine besondere Rolle spielen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Baugewerksbund. Der Referent Görnitz-Berlin schilderte die vielfachen Bemühungen des Vorstandes der Dachdecker, um in dieser Frage voranzukommen. Es müsse alles getan werden, um die Errichtung des Bundes durchzusetzen; lediglich eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband sei abzulehnen. Nach einer längeren Aussprache wurde die sofortige Verschmelzung mit den Bauarbeitern mit 21 gegen 13 Stimmen abgelehnt und einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Verbandstag bedauert, daß der Baugewerksbund bis heute noch nicht zustande gekommen ist. Der Zentralvorstand wurde erneut beauftragt, mit aller Kraft für die Schaffung des Baugewerkbundes einzutreten. Der Verbandstag erwartet, daß der nächste Gewerkschaftskongreß diese Frage endgültig zur Lösung bringt. Falls eine Entscheidung nicht zustande kommt, hat der Vorstand mittels Urabstimmung die Verschmelzung zu veranlassen.

Ueber die Sozialisierung des Baugewerbes gab Schmidt-Frankfurt a. M. einen Bericht. Nach gründlicher Beratung wurde beschlossen, 100 000 M. aus zentralen Verbandsmitteln dem Verband sozialer Baubetriebe zur Verfügung zu stellen, ferner laufend 5 Prozent der zentralen Einnahmen.

Verschiedene statutarische Bestimmungen wurden geändert, die Einsetzung eines Beirats abgelehnt. Zu den vorhandenen vier wurden noch zwei weitere Gauleiter angestellt, die schon in Hilfsstellung tätig waren.

Die Wiederwahl des Zentralvorstandes erfolgte einstimmig; Ausschußvorsitzender wurde Lück-Berlin. Zum nächsten Gewerkschaftskongreß wurde der Zentralvorsitzende Thomas-Frankfurt a. Main delegiert. Zur Gehaltsfrage beschloß der Verbandstag eine neue Skala, die sich den Dachdeckerlohn als Grundlage nimmt.

Der nächste Verbandstag findet Pfingsten 1924 statt.

Kistenmacher!

Alle Kistenmacher, die nach wie vor Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes bleiben wollen, haben in der am Sonnabend, den 26. d. M., abends 6 Uhr, Arbeitslosensaal, Rungestraße 30, stattfindenden Kistenmacherversammlung, einberufen von der Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, zwecks Registrierung der Mitgliedschaft zu erscheinen. **Wir machen die Kollegen der Kistenbranche in letzter Stunde darauf aufmerksam, daß nach § 94 des Verbandsstatuts jedes Mitglied seine Rechte einbüßt, wenn es acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, ohne Stundung nachgesucht zu haben.**

Kollegen, laßt euch von den Quertreibern nicht einschüchtern und erscheint in dieser Versammlung. Verbandsbuch legitimiert. — Die Ortsverwaltung.

Generalversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter. In der stattgefundenen Generalversammlung gab Hodapp den Geschäfts- und Kassenbericht für das dritte Quartal 1921, das im Zeichen der Lohnbewegung für alle in Betracht kommenden Berufsgruppen stand. Verursacht durch die miserable wirtschaftliche Lage, ist auch vorläufig noch kein Ende der Lohnbewegungen zu erwarten. In allen Gruppen sind schon wieder Neuforderungen an die in Frage kommenden Unternehmungen gestellt worden.

Aus dem Kassenbericht ist u. a. zu erwähnen, daß das Lokalkassenvermögen zur Zeit 107 912 Mark beträgt. Der Mitgliederbestand beläuft sich auf 5946; davon 313 weibliche. Auch hier ist eine Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Auf Antrag der Revisoren wurde der Verwaltung Entlastung erteilt.

Gegen etwa 25 Stimmen wurde eine Erhöhung der Beiträge beschlossen. Hinzu kommt dann noch ein Zuschlag von 1,— Mark für die Lokalkasse. — Entsprechend den Beiträgen sind auch die Streikunterstützungssätze erhöht worden, desgleichen die Bezüge für Frauen und Kinder. Aus der Lokalkasse soll außer den angeführten Sätzen bei Streiks pro Tag noch extra 2,— Mark gewährt werden. **Die Erhebung der Extrabeiträge für die erwerbslosen Mitglieder wurde einstimmig angenommen.**

Elektro-Einzelhandel. Der Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel Groß-Berlin vom 1. Mai 1921 ist nachträglich vom Reichsarbeitsministerium auch für den Elektro-Einzelhandel für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die in Geschäften des Verbandes der Beleuchtungsgeschäfte bzw. im Elektro-Einzelhandel tätigen kaufmännischen Angestellten, die die tariflichen Gehaltssätze nicht erhalten haben, können jetzt noch ihre Ansprüche geltend machen. Nähere Auskunft, auch über die sonstigen Tarifrechte aus dem genannten Vertrage erteilt der Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Einzelhandel, Sektion Spezialgeschäfte. Ueber einen Tarifvertrag für die Jetztzeit schweben augenblicklich Verhandlungen, über deren Verlauf in Kürze berichtet wird.

Maschinisten und Heizer. Generalversammlung der Geschäftsstelle Groß-Berlin am Dienstag, den 29. November, abends 6 Uhr, bei Böker, Weberstraße 17. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Beitragserhöhung, 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht jedes dienstfreien Kollegen, zu erscheinen.

U. S. P. D. Kupferschmiede. Heute, abends 7 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 2.

Parteiveranstaltungen

18. Verwaltungsbezirk. Die Orte, die noch keine Flugblätter abgeholt haben, erhalten dieselben sofort Expedition Spiekermann, Pankow.

Freitag, 25. November

5. und 6. Distrikt. Abends 7½ Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Lauch, Wiclef, Ecke Bredowstraße. Tagesordnung: Vortrag des Genossen F. Zimmermann über seine Tätigkeit als Stadtrat des Bezirks Tiergarten.

Sonnabend, 26. November

13. Verwaltungsbezirk. Die Abteilungskassierer rechnen nachmittags 4½—7 Uhr beim Genossen Besser ab. Noch ausstehende Sammellisten sind unbedingt mit abzuliefern.

19. Verwaltungsbezirk Pankow. Abends 7 Uhr Bezirksgeneralversammlung in der Schulaula Grunowstraße. Zur Teilnahme verpflichtet sind die Mitglieder der Bezirksleitung, die Abteilungsleiter und die Delegierten. Auf je 20 Mitglieder ein Delegierter. Das Mandat muß vom Abteilungsleiter unterschrieben und mit Ortsstempel versehen sein.

19. Verwaltungsbezirk Pankow. Abends 6 Uhr Sitzung der Bezirksleitung in der Schulaula Grunowstraße. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Niederbarnim-Nord (Arbeitsgebiet Oranienburg). Abends 7 Uhr wichtige Konferenz in Oranienburg bei Seeger, Mühlenstraße. Außer der Distriktleitung muß jeder Ort an der Nordbahn durch mindestens einen Delegierten vertreten sein.

Vereinskalender

Freitag, 25. November

Zentralverband der Angestellten. Baugeschäfte. Abends 7 Uhr Funktionärversammlung im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 40-41. — **Export.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: G. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Einladung

zur ordentlichen Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim am Sonnabend, den 3. Dezember 1921 um 3 Uhr nachm., im Kreishause in Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5, Kreisausschußsitzungssaal.

Tagesordnung:

1. Aenderung der §§ 20, 30a und 31a der Satzung.
2. Festsetzung des Voranschlages für das Jahr 1922.
3. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung für das Jahr 1921.
4. Verschiedenes.

Die Herren Ausschußmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Berlin, den 22. November 1921.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim
Neubecker, Vorsitzender.

Teilzahlung
Grammophone Lauten Mandolinen Gitarren
Schmidt
Petersburger Str. 23 I.

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Kreuzen 22 M.
Portorike . . 23 M.
Gold Edge . . 27 M.
Hund Gr. Hamburger Straße 1.

Sie verkaufen Ihre Gold-, Silber-, Platin-Gegenstände oder Bruch viel zu billig
wenn Sie nicht vor Verkauf unser Gebot hören. Wir zahlen ganz fabelhafte Preise
Gebr. Fuhrmann
Alexanderstr. 39 (Laden).

Gold- Silber- Platin- Bruch kauft
Gotzkowsky-Straße 13.

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Gehlhaar,
50, Waldemarstraße 61.

Gänsefedern
Daunen, lt. Preisliste, a. ungerupft, aus erster Hand.
Paul Postzelow
Wriezen a. Oder.

Demnächst erscheint der
USPD
Taschen-Kalender
1922

Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvertretungen
Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen
Einnahme- und Ausgabetabellen
Statistik der Reichstagswahlen
Reichhaltiges Adressen-Material
Tarife / Interessante Notizen u. a.

★

Gutes schreibfähiges Papier
Halblederrücken gebunden

5.— Mark

Buchhandlg. „Freiheit"
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Annahme in allen Expeditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Stellengesuche: Überschriftswort 1.50, jed. weitere Wort i. Text 1.— M.

Verkäufe

Herrenhüte 68.50. Trotz Preissteigerung verkauft neueste Formen, beste Qualitäten für obigen Spottpreis Hutfirmenvertrieb A. Bernstein, Elsenstücker Str. 76, Eingang Brückenstr. 1.

Central-Leihhaus, Jägerstraße 71, Ecke Kanonierstraße, täglicher Verkauf von hocheleganten Anzügen, Cutaways, Smokings und Fracks von 150 Mark an. Schlüpfer, Raglans zu spottbilligen Preisen. Keine Lombardware.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Skunksbrogen, Muffen. Sämtliche Pelzarten, Hälfte herabgesetzte, spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig. Friedenstuche. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-204, Ecke Rosenthaler Straße.

Kinderwagen verkauft Horch, Möckernstraße 94.

Kreuzfüchse 100.—! Alaskafüchse! Jobelfüchse! Silberfüchse! Skunks! Opossum! Herrenbrogen! Uhren! Goldwaren! Anzüge! Riesen-Weihnachtsverkauf zu erstaunlichen Spottpreisen! (Keine Versatzware). Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof Nordring) (Fahrtvergütung).

Staunenerregend! Rotfüchse 60.—, Kreuzfüchse 75.— Mark an! Alaskafüchse! Silberfüchse! Jobelfüchse! Skunkse! Jilisse! sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Versatzwaren! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Wassauer Str. 7.

Anzüge, Schlüpfer, Ulster 150.—, Gummimäntel, elegante Damenmäntel 275.—, Kreuzfüchse 185.— usw. Riesenauswahl zu fabelhaft billigen Preisen in bester Qualitäten. Keine Lombardware. Leihhaus Boxhagener Str. 47, Lichtenberg.

Braunfuchs 500.—, selten schönes Exemplar, außerdem sibirischer Kreuzfuchs 850.—. Tiptop, Turmstr. 38.

Halbumsonst! Kreuzfüchse 90.— an, Rotfüchse 70.—, Jobelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kaiserin Augusta Allee 2, neben Zandoff.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Str. 8-9.

Möbel

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Hummel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Bernhr. 34.

Chaiselongues 100.—, Chaiselongudecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstellen, Matratzen, Augustinstraße 32a, Hofgeb.

Einrichtungen äußerst billige Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Korkau, Petersburger Straße 41. Zahlungserleichterung.

Kleiderschränke, Vertikos, englische Bettstellen, Sofas, Auszieh-tische, Stühle, Sofaumbau, Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke, ganze Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen außergewöhnlich billig. Möbelhaus Komerling, Kastanienallee 54 (Ecke Weinbergsweg).

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Wiedbrodt, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Zusammenbau, Chaiselongue, Auflagematratzen, Federmatratzen 150.—, Walter, Stargarder Str. 4, nahe Schönhauser Allee.

Kaufgesuche

Strickmaschinen, ab 40 Zentimeter Nadelraumbreite, kauft Bovenstein, Postlagernd 4.

Geldschrank, Bureaumöbel kauft Zentrum 12719.

Lokaleinrichtung, Wienerkühle kauft Zentrum 12719.

Kokoski, Goldschmied kauft zu günstigen Preisen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebisse, Vermittlg. Eigene Verwertung Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 165.

Schellack, Leim kauft höchstbietend Krüger, Elisabethstraße 17.

Hilferding, „Das Finanzkapital", Broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Kaufe alte Schallplatten zu allerhöchsten Preisen. Plattenvertrieb, Stralauer Straße 47.

Schallerk. Prim. Firnis usw. sucht Farbenhaus Neue Königstr. 87, Königstadt 3091.

Werkzeuge u. Maschinen

Schnelldrehstahl, Spiralbohrer, Schmiergeleinen kauft Strausberger Straße 44.

Spiralbohrer, Schmiergeleinen, Feilen, Nägel, Masch.-Schrauben, Wohnung, Str. 27.

Kugellager, jedes Quantum, kauft Schweigel, Naunystr. 22, Hamb. 210.

Geschäfts-Verkäufe

Lebensmittel-, Obst-, Kaffeegeschäft verkauft Schiffer, Wilhelm-Stolze-Straße 13.

Verschiedenes

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kerschkowitz, „Der Elternbeirat" (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Sozialisierungsfrage der Kohlen" lesen. Preis 2.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9.